

# Der djb gratuliert

## Dr. Karoline Bülow, Maître en Droit (Paris II)



▲ Foto: Melanie Hosemann

zur Wahl als Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen.

Karoline Bülow, geboren 1982, studierte Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der Université Paris-Panthéon-Assas und beendete ihr Studium mit dem ersten Staatsexamen, der licence en droit und der maîtrise en droit.

2008 arbeitete sie promotionsbegleitend bei der Kanzlei Gleiss Lutz. 2009–2011 absolvierte sie ihr Referendariat in Berlin mit Stationen bei der Pressekommission des Landgerichts Berlin, dem Bundesjustizministerium, der Staatsanwaltschaft Berlin und der deutschen Botschaft in Tokyo. 2011 legte sie das zweite Staatsexamen ab. 2012 war Karoline Bülow als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Kanzlei Noerr LLP tätig. Seit 2012 ist Karoline Bülow Richterin in Berlin. 2013 promovierte sie an der Freien Universität Berlin zu dem Thema Persönlichkeitsrechtsverletzung durch künstlerische Werke. Nach Stationen beim Sozialgericht sowie den Amtsgerichten Mitte und Pankow wurde sie 2017 zur Richterin auf Lebenszeit am Verwaltungsgericht Berlin ernannt. 2021–2023 war Karoline Bülow als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Verfassungsgerichtshof Berlin tätig. Seit 2023 ist sie Richterin am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Seit 2025 ist Karoline Bülow Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen. Karoline Bülow ist seit 2011 Mitglied im djb.

## Katharina Wolf



▲ Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler

zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch Bundespräsident Steinmeier für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement.

Durch ihre vielfältige Arbeit im djb hat Katharina Wolf Europa kennengelernt und ihren Einsatz auch auf europäischer Ebene ausgebaut. Beides verbindend lässt sie sich von dem

Spruch „Europa ist eine Frau“ leiten. Katharina Wolf ist seit 1990 Mitglied im djb. Sie war 1993–1995 sowie 2001–2003 Teil des Bundesvorstandes, zunächst als Beisitzerin für die Mitglieder in Ausbildung, später als Vertreterin des Regionalgruppenbeirats. Sie war Mitglied der Kommission Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht (2009–2015) sowie der Kommission Europa- und Völkerrecht (2015–2017). 1993–2005 war sie als Vorstandsmitglied in der Regionalgruppe Dresden tätig. Katharina Wolf ist eines der Gründungsmitglieder der European Women Lawyers Association (EWLA). Bis 2018 war sie ein Vorstandsmitglied bei der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) für den djb.

Zudem gründete sie den djb Landesverband Sachsen, dessen langjährige Vorsitzende sie war (1993–2005). In dieser Funktion baute sie die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademikerinnenbund (DAB) Sachsen maßgeblich auf und gestaltete sie aktiv mit. Parallel dazu initiierte sie das Netzwerk der Sächsischen Führungsfrauen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik und prägte dessen Entwicklung nachhaltig.

Seit 2015 ist Katharina Wolf Gründungs- und Landesvorsitzende der Europa-Union Sachsen e.V.

2019 wurde sie von der „Europäischen Bewegung Deutschland“ als „Frau Europas“ ausgezeichnet. Seit 2022 ist sie Präsidentin des Netzwerks „Frauen Europas“, seit 2025 zudem Präsidentin der Europäischen Bewegung Sachsen e.V.

Katharina Wolf, geboren 1963, legte das erste Staatsexamen 1988 an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main ab. Während ihres Referendariats war sie unter anderem am Oberlandesgericht Kassel tätig. 1991 legte sie das zweite Staatsexamen ab. Seit 1993 ist sie in der Sächsischen Staatsregierung tätig, zunächst als Referentin und stellvertretende Referatsleiterin im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, derzeit in der Sächsischen Staatskanzlei.

## Margarete Hofmann



▲ Foto: Brais Palmás

zum 70. Geburtstag.

Margarete Hofmann, geb. 1956 in Aschaffenburg, studierte Rechtswissenschaften und Romanistik in Würzburg und Paris. Nach dem Zweiten Staatsexamen 1986 trat sie als Staatsanwältin in den bayerischen Justizdienst ein und wurde 1987 an das Bundesministerium der Justiz in Bonn abgeordnet. Dort arbeitete sie als Referentin in den Bereichen Wirtschaftsrecht und Völkerrecht. 1992–1996 war sie an der deutschen EU-Vertretung in Brüssel tätig und dort zuständig für Justizzusammenarbeit und Wirtschaftsrecht. Nach Rückkehr in das Bundesjustizministerium leitete sie 1997–1999 das Koordinierungsreferat Europaangelegenheiten (Bonn und Berlin). 1999

wechselte sie zur Europäischen Kommission in Brüssel und war bis Ende 2004 Kabinettsmitglied bei Kommissarin Dr. Michaela Schreyer mit den Arbeitsschwerpunkten Betrugsbekämpfung, Justiz und Inneres, Wettbewerbsrecht und Binnenmarkt. Anschließend wechselte Margarete Hofmann zum Europäischen Betrugsbekämpfungsamt (OLAF) in Brüssel und war dort in verschiedenen Funktionen tätig. 2012 wurde sie zur Direktorin „Politik“ und 2020 zur Direktorin „Untersuchungen und Verfahren“ von OLAF ernannt. Mit dem Eintritt in den Ruhestand Ende 2021 wurde ihr der Titel „Honorary Director-General“ der Europäischen Kommission verliehen.

Margarete Hofmann ist seit 2001 Mitglied des djb. 2007–2011 war sie Vorsitzende der djb-Regionalgruppe Brüssel, 2011–2015 war sie Vizepräsidentin des djb. 10 Jahre lang war sie Mitglied der djb-Kommission Europa- und Völkerrecht (2015–2025), 2021 wurde sie zum Ehrenmitglied im djb ernannt. Seit 2024 ist sie Teil des Vorstands im djb-Landesverband Berlin. Auch über den djb hinaus ist sie vielfältig engagiert: 2015–2019 war sie Vizepräsidentin bei der European Women Lawyers Association (EWLA), sie ist Beiratsmitglied bei Transparency International Deutschland, Mitglied des Deutschen Juristentages und der Europa-Union sowie ehrenamtlich aktiv bei großen Sportveranstaltungen. Ein ausführliches Porträt findet sich in der djbZ 4/2017.<sup>1</sup>

### Renate Künast



▲ Foto: Laurence Chaperon

zum 70. Geburtstag.

Renate Künast, geboren 1955 in Recklinghausen, studierte Sozialarbeit an der Fachhochschule Düsseldorf sowie Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin. 1982 legte sie ihr erstes juristisches Staatsexamen ab. Das Referendariat absolvierte sie unter anderem in der Kanzlei Wieland & Ehrig. 1985 legte sie ihr zweites juristisches Staatsexamen ab.

Renate Künast trat in die Kanzlei Wieland & Ehrig ein und spezialisierte sich als Rechtsanwältin auf die Gebiete Ausländerrecht, Strafrecht und Bürgerrechte.

Seit 1979 war sie Mitglied der Alternativen Liste in Berlin – so hieß der westberliner Landesverband der Grünen. 1985 wurde Renate Künast in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und schied 1987 durch das Rotationsprinzip der Alternativen Liste aus. 1989 wurde sie erneut Abgeordnete und blieb dies bis 1999 (nach Abschaffung des Rotationsprinzips). Während dieser Zeit war sie Leiterin der Enquetekommission Verfassungsreform (1991–1994) sowie rechtspolitische Sprecherin (1993–1998) und Fraktionsvorsitzende (1989–1990 und 1998–2000).

2000–2001 war Renate Künast Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, 2002–2025 war sie Mitglied des Bundestags. 2001–2005 war sie Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. 2005–2013 war sie Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion (zunächst gemeinsam mit Fritz Kuhn und dann mit Jürgen Trittin). 2009–2013 war

sie Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag.

Renate Künast ist seit 2007 Mitglied im djb. 2022 war sie zu Gast im djb-Podcast „Justitias Töchter“ und sprach mit den Moderatorinnen über ihr Leben und Werk sowie die faktische Männerquote in der Politik.<sup>2</sup> Ein ausführliches Interview mit Renate Künast findet sich auch in der djbZ 4/2010.<sup>3</sup> Mit ihrem konsequenten juristischen Vorgehen gegen Hasskriminalität im Netz hat sie Maßstäbe gesetzt und erwirkte richtungsweisende Grundsatzentscheidungen gegenüber Plattformen wie Facebook. Darüber hinaus ging sie auch mit einer Verfassungsbeschwerde bis vor das Bundesverfassungsgericht, um die Rechte Betroffener weiter zu stärken.

In ihren verschiedenen Funktionen war es Renate Künast stets ein besonderes Anliegen, strukturelle Benachteiligungen von Frauen abzubauen – sei es bei der Überarbeitung der gesamtberliner Verfassung mit einem aktiven Gleichstellungsauftrag oder im jahrzehntelangen Einsatz für verbindliche Geschlechterquoten in Aufsichtsräten. Sie engagierte sich auch bei anderen, lange liegen gebliebenen Themen, wie der Aufarbeitung der Sekte Colonia Dignidad in Chile oder dem Versuch, eine positive Regelung für die Sterbehilfe zu erreichen.

Auch zivilgesellschaftlich engagiert sich Renate Künast vielfältig, unter anderem als Ehrenmitglied der International Raoul Wallenberg Foundation und als Vizepräsidentin des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. Zudem ist sie Mitglied im Beirat von HateAid, wo sie ihre Expertise im Kampf gegen digitale Gewalt und für den Schutz Betroffener einbringt.

### Prof. Dr. Ursula Rust



▲ Foto: privat

zum 70. Geburtstag

Ursula Rust, geboren 1955, war die erste Universitätsprofessorin in Deutschland zum Geschlechterrecht (djbZ 2/2020, S. 56–59). Seit 2021 befindet sie sich im Ruhestand. Sie hat zwei Töchter und Enkelkinder.

Nach einstufiger Ausbildung (und nicht in der in Hamburg auch möglichen zweiphasigen Juristenausbildung) von 1974–1980 war sie 1981–1983 Rechtsanwältin in Hamburg. 1981 begann sie mit Graduiertenförderung ihre Dissertation, war 1982–1983 wissenschaftliche Mitarbeiterin am einstufigen Fachbereich an der Universität Hamburg und promovierte 1990 mit einer Arbeit zum Familienlastenausgleich in der Sozialversicherung.

1982–1988 war sie teilzeitbeschäftigte Referentin bei der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ in der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, wo sie früh institutionelle Gleich-

- 1 Online: <https://www.inlibra.com/de/document/view/pdf/uuid/96fd7e42-cd5d-3d95-b198-56fb3bc43476?page=1&toc=1686198>
- 2 Nachzuhören unter: <https://www.djb.de/podcast/detail/mit-renate-kuenast-die-maennerquote-in-der-politik-abschaffen>
- 3 <https://www.inlibra.com/de/document/view/pdf/uuid/b5af9402-5eb9-3531-8f70-5092e102dc50?page=0&toc=2544335>

stellungsarbeit prägte. 1989–1992 wurde sie Regierungsdirektorin bei der Frauenministerin des Landes Schleswig-Holstein.

1992 folgte Ursula Rust dem Ruf an die Universität Bremen auf die Professur „Recht der Geschlechterbeziehungen“, umbenannt 2001 ad personam in „Gender Law, Arbeitsrecht, Sozialrecht“. Sie leitete am Fachbereich die „Wissenschaftliche Einheit“ zum Arbeits-, Sozial- und Geschlechterrecht und bis zu ihrem Ruhestand das Bremer Institut für Gender-, Arbeits- und Sozialrecht (bigas), das mit Tagungen insbesondere in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum Forschung zur Geschlechtergleichstellung im Erwerbsleben nachhaltig geprägt hat.

Dem djb gehört Ursula Rust seit 1994 an. Ihr besonderes Engagement galt der sozialen Sicherung. 1999–2001 war sie Vorsitzende der Kommission Familienlastenausgleich. Ihre Arbeit war maßgeblich für die Entwicklung eines djb-Konzepts zu einer eigenständigen und geschlechtergerechten Alterssicherung, vorgestellt von der Kommission 2000 auf einer Fachtagung in Bremen (Zeitschrift für Sozialreform 2000, S. 669–889) und zum Wissen zur geschlechtsspezifischen Wirkung des SGB II (djbZ 3/2009, S. 116–120).

Auch im Ruhestand bleibt Ursula Rust wissenschaftlich präsent, u.a. zu Auswirkungen häuslicher Gewalt in der Arbeitswelt und durch prägende Beiträge zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in der Rechtswissenschaft.

### Renate Augstein



▲ Foto: Robert Erskine

zum 75. Geburtstag.

Renate Augstein, geb. 1950 in Köln, absolvierte eine Rechtspflegerausbildung beim Oberlandesgericht Köln, studierte dann Jura und wurde 1979 nach ihrem Zweiten Staatsexamen Referentin bei der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn. 1981 wechselte sie in das damalige Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit – zunächst als Referentin in der Gesundheitsabteilung (1981–1982), dann als Referentin im Arbeitsstab Frauenpolitik (1982–1988) und als Leiterin Grundsatzreferat Frauenpolitik (1988–1991). 1991–2000 leitete sie das Referat Schutz von Frauen vor Gewalt, 2000 bis 2012 war sie Leiterin der Unterabteilung „Gleichstellung“. 2003–2005 war sie zusätzlich Leiterin der Projektgruppe „Umsetzung von EU-Richtlinien“. Nach Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes baute sie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auf. 2012 bis 2015 war sie Leiterin der Abteilung Gleichstellung, Chancengleichheit. Seit 2015 lebt sie in Cornwall/England.

Sie war in Deutschland vielfach ehrenamtlich engagiert, unter anderem in verschiedenen Funktionen bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie. Seit 1980 ist sie Mitglied des djb und war u.a. lange Zeit Mitglied der Strafrechtskommission. Sie hielt zahlreiche Vorträge zu straf- und familienrechtlichen Themen bei djb-Tagungen und -Kongressen. Zuletzt sprach sie anlässlich des 39. djb-Bundeskongresses 2011 über „Gleich-

berechtigung im Bereich der öffentlichen Hand – Anspruch und Wirklichkeit“. Ein ausführliches Porträt findet sich in der djbZ 1/2013.<sup>4</sup>

### Winfriede Schreiber

zum 80. Geburtstag.

Winfriede Schreiber, 1945 in Brandenburg geboren, absolvierte zunächst eine Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und war anschließend in der Berliner Verwaltung tätig. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin legte sie 1977 das erste und 1980 das zweite juristische Staatsexamen ab und wurde zur Richterin ernannt.

Nach Tätigkeiten am Verwaltungsgericht Berlin und einer Abordnung an das Bundesverwaltungsgericht wurde sie 1993 zur Richterin am Oberverwaltungsgericht ernannt und war später unter anderem Präsidentin des Verwaltungsgerichts Cottbus (1998–2002). 2004–2005 leitete sie das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder), anschließend bis 2013 den Verfassungsschutz Brandenburg. Dort prägte sie maßgeblich das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, das als erstes Handlungskonzept einer Landesregierung gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gilt.

2024 wurde Winfriede Schreiber mit dem Verdienstorden des Landes Brandenburg ausgezeichnet. Sie ist Mitglied im Leadership Brandenburg Netzwerk Verantwortung e.V.

Dem djb gehört Winfriede Schreiber seit 2003 an; 2020–2024 war sie stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Brandenburg. Ausführlich porträtiert wurde Winfriede Schreiber in der djbZ 2/2013.<sup>5</sup>



▲ Foto: privat

### Dr. h.c. Renate Jaeger

zum 85. Geburtstag.

Geboren 1940 in Darmstadt, begann Renate Jaeger ihren beruflichen Weg als Richterin am Sozialgericht Düsseldorf 1968, wurde 1970/1971 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundessozialgericht abgeordnet und wechselte 1974 von Düsseldorf an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, wo sie 1986 Vorsitzende Richterin wurde. 1976–1979 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht. 1987 wurde sie zur Richterin am Bundessozialgericht in Kassel ernannt und ein Jahr später wurde sie zugleich Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit hielt sie Vorlesungen an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 1994 wählte der Bundesrat sie einstimmig zur Richterin des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, wo sie als Berichterstatterin im Ersten Senat das Recht der freien Berufe wesentlich prägte. Zeitgleich war sie Liaison Officer zur Venedig-Kommission des Europarats.

4 <https://www.inlibra.com/de/document/view/pdf/uuid/4ddb43d7-1a9b-330a-a44f-0b4251f7b4c0?page=0&toc=1514381>

5 <https://www.inlibra.com/de/document/view/pdf/uuid/f688714a-334c-3deb-ab1d-40be6a5d84bf?page=0&toc=2544546>

Gegen Ende ihrer Amtszeit am Bundesverfassungsgericht wurde Renate Jaeger von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur deutschen Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gewählt, wo sie 2004–2010 tätig war. 2011–2015 war sie die erste Schlichterin der Rechtsanwaltschaft und zugleich die Vorsitzende des Disziplinarrates der Europäischen Kommission in Brüssel.

Dem djb gehört Renate Jaeger seit 1977 an. Sie war langjähriges Mitglied der Rentenrechtskommission und hat zahlreiche Stellungnahmen des djb für das Bundesverfassungsgericht erarbeitet und dort in mündlicher Verhandlung vertreten. 1983–1989 war sie zunächst Mitglied des erweiterten Bundesvorstands und

anschließend Beisitzerin. 2012 verlieh der djb ihr die Ehrennadel für ihre 35-jährige Mitgliedschaft.

Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, Ehrendoktorin der Juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Ehrenmitglied der Honorable Society of Lincoln's Inn, einer der vier englischen Anwaltskammern. Außerdem wurde Renate Jaeger zum 70. Geburtstag eine Festschrift mit dem Titel „Grundrechte und Solidarität: Durchsetzung und Verfahren“ gewidmet. 2018 wurde sie mit dem Ehrenzeichen der Deutschen Anwaltschaft ausgezeichnet. Sie hat zwei Kinder, vier Enkel und eine Urenkelin.

DOI: 10.5771/1866-377X-2026-1-61

## Trauerrede für Adelheid Brandt, 1945–2025

**Margret Diwell**

djb-Präsidentin 2001–2005

Liebe Trauergemeinde, ich heiße Margret Diwell und darf hier an Heidi aus der Sicht einer Freundin und Weggefährtin erinnern.

Ich habe Heidi Anfang der 1990er Jahre kennengelernt. Wir waren beide Rechtsanwältinnen und begegneten uns bei diversen Veranstaltungen des Deutschen Juristinnenbunds. Dieser Verband wurde nach dem Krieg 1948 von engagierten Juristinnen gegründet. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, die rechtliche Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frau in Gesellschaft, Beruf und Familie zu fördern und kämpft dafür insbesondere in Gesetzgebungsverfahren und Stellungnahmen in Verfahren beim Bundesverfassungsgericht.

Heidi hatte dem Staat der DDR ihr bisheriges Berufsleben lang als Richterin gedient, was sie nach der politischen Wende nicht mehr sein durfte. Bis zum Ende ihres Berufslebens war sie sodann an einer für die Arbeitsweise und Ziele des djb höchst wichtigen Stelle: Sie war die Chefredakteurin der „Neuen Justiz“, der einzigen allgemein verbreiteten Juristenzeitung der DDR, die heute vom Nomos Verlag herausgegeben wird. Dort verfasste sie Beiträge und Stellungnahmen „im Streit um die Zukunft des Rechts in ihrem Staat“, wie Der Spiegel in einem Bericht über die Zeitschrift schrieb. Dem djb war sie im Jahr 1990 beigetreten, nachdem sie – wie Weggefährtinnen sich erinnern – bei einer Veranstaltung des djb aufgestanden war und den versammelten „Westfrauen“ erklärt hatte, dass die Probleme der „Ostfrauen“ ganz andere seien als die, mit denen der djb sich beschäftigt. Die Frauen aus den „Neuen Bundesländern“ seien gleichberechtigt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht ihr Thema. So wurden Heidi und eine weitere Weggefährtin, Rechtsanwältin Almuth Kollmorgen, in den folgenden Jahren häufig als Vertreterinnen der „Ost-Sicht“ zu djb-Veranstaltungen ins ferne Bonn eingeladen, wo der djb bis 2001 ansässig war. Sie selbst kommentierte diese Zeit 2008 so: „Die mit dem Fall der



▲ Foto: privat

Mauer einhergehenden stürmischen Entwicklungen erforderten für uns Ostdeutsche nicht nur eine Neuorientierung, sie führten auch zu interessanten Begegnungen mit Personen der eigenen Profession.“ Gemeint waren Adelheid Koritz-Dohrmann, Ursula Raue und Karin Schubert.

Von 1993 bis 1999 war Heidi Brandt Mitglied im Vorstand des djb, verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit ihrem beruflichen Wissen, ihrer Erfahrung und ihren Pressekontakten wirkte sie maßgeblich an der Verbesserung der Präsentation und Professionalisierung des Verbandes nach innen und außen mit und entwickelte beispielsweise die Homepage des djb und die heutige djbZ zu einer Verbandszeitschrift nebst